

Pressemitteilung



vom 13. Februar 2006

Fraktion im Kreistag Neuss

GRÜNE: RWE – Aktien verkaufen

„Es liegt keine Masse zum Verteilen vor, so dass wir uns im Wesentlichen auf die „big points“ des Kreishaaltes konzentriert haben“ so Erhard Demmer zum Verlauf der Klausur der grünen Kreistagsfraktion.

Vorab gab der Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN im Kreistag bekannt, dass seine Fraktion der Verabschiedung eines Kreishaushaltes, der auf fiktiven Zahlen beruhe, nicht zustimmen könne. „Es stehen Landesmittelkürzungen um 1,3 Milliarden Euro und weitere 165 Millionen Euro bei den Förderprogrammen im Raum, die auch Auswirkungen auf den Kreishaushalt haben werden. Wir möchten deshalb endgültig erst **am 14. Juni 2006 über den Kreishaushalt beschließen**“, so Demmer weiter.

Zu den Kernpunkten ihrer Beratungen führte Demmer weitere aus, dass

- **Schloss Dyck** als Leuchtturmprojekt des Rhein-Kreises erhalten bleiben sollte, jedoch eine wirtschaftlichere Nutzung (z.B. als Tagungshotel) anzustreben ist,
- **Burg Kerpen** als defizitäres Schullandheim zur Entschuldung abgestoßen werden müsse, die bisherigen Betriebskosten aber für den Jugendbereich voll erhalten bleiben sollen,
- in der **Grundwasserfrage** aus grüner Sicht eine Mischfinanzierung für mögliche Maßnahmen gegen den Grundwasseranstieg anzustreben ist,
- für Projekte der **Wirtschaftsförderung** zwar Mittel zur Verfügung gestellt werden sollen, jedoch die Entscheidung zu deren Einsatz durch die Politik erfolgen soll.

„Auch werden wir einen Beschlussvorschlag zum Verkauf der im **RWE-Aktien** im Verwaltungsbesitz vorlegen. Mit dem Erlös kann sowohl das Eigenkapital in dem von der AWO übernommenen Altenheim „Lindenhof“ aufgebracht als auch ein wesentlicher Beitrag zur Entschuldung des Kreishaushaltes erreicht werden,“ so Demmer.

Die Kreisgrünen wollen sich zum Thema **Organisationsuntersuchung** der Kreisverwaltung noch nicht festlegen. Demmer: „Der Kämmerer des Rhein-Kreises Neuss, Ingolf Graul, der Gast bei unserer Klausur war, erwartet Handlungsempfehlungen aus dem auch den Fraktionen vorzulegenden Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt. Wir werden danach prüfen, ob und in welchem Rahmen weitere kostenintensive Untersuchungen erforderlich sind, um weitere Einsparpotenziale zu entdecken. Wichtig ist uns aber auch, dass dort – wo es notwendig ist - über Personalverstärkungen nachgedacht wird, so z.B. im Bereich **Verbraucherschutz**.“